

LinzPLUS-Gemeinderatsfraktion Linz
Fraktionsobmann Lorenz Potocnik
mehr@linzplus.at www.linzplus.at
Altes Rathaus, Hauptplatz 1, 4041 Linz

An Herrn Bürgermeister Klaus Luger
Altes Rathaus, Hauptplatz 1
4041 Linz

Dringlichkeitsantrag gemäß § 12 Abs. 1 i.V.m. § 18 Abs. 5 StL idgF betreffend:

Milliardenprojekt „Westring“ – Jetzt aus nicht gedeckelter Finanzierungsvereinbarung aussteigen

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die Kosten für den „Westring“ explodieren. Diese Info ist vor ein paar Tagen an die Öffentlichkeit gedrungen. Die Konsequenzen daraus sind für Linz und die Linzer Bevölkerung verheerend: Statt ursprünglich 25 Mio. € Anteil (5% von 493 Mio. Gesamtkosten bei Vertragsunterzeichnung) sind es nun geschätzte 60 Mio. €. Da der städtische Anteil in der Finanzierungsvereinbarung jedoch nicht gedeckelt ist, kann sich sogar diese horrende Summe noch erhöhen. Angesichts der Erfahrungen der letzten Jahre erscheint eine weitere Preissteigerung wahrscheinlich.

Dieses Geld fehlt bereits jetzt und wird bei einer weiteren Beteiligung der Stadt am „Westring“ auch in Zukunft bitter fehlen. In allen Kernaufgaben der Stadt und besonders im Bereich der Mobilität, des ÖVs und ÖPNVs, wo hohe und dringende Investitionen anstehen.

In Ihrer Beantwortung der Anfrage zum Vertrag des Westrings vom 24. Mai haben Sie bestätigt, dass es eine Ausstiegsklausel gibt und ein Ausstieg bereits bei einer Kostenüberschreitung von 10% vertraglich möglich ist. Diese 10% sind schon lange erreicht, ein Ausstieg also mehr als naheliegend und rechtlich schon seit Jahren möglich.

Die „plötzliche“ Kostenüberschreitung der aktuellen Schätzungen beträgt ein Vielfaches dieser 10%. Je nach verwendeten Zahlen liegen die Mehrkosten zwischen 60 und 140%. Es kann also nicht einfach verharmlosend von einer „Kostenüberschreitung“ oder vom „in den sauren Apfel beißen“ gesprochen werden. Vielmehr handelt es sich um einen neuen, mehr als doppelt so hohen Finanzierungsbedarf im zweistelligen Millionenbereich.

Auch die angekündigten, jahrelangen Verzögerungen und die um drei Jahre verspätete Verkehrsfreigabe im Jahr 2035 (!) machen aus dem „Westring“ ein immer sinnloseres Projekt. Eine erhoffte „Entlastung der Innenstadt“ würde also erst in 12 Jahren Wirkung erzielen. So lange kann Linz und insbesondere die Bewohner:innen der Innenstadt jedoch nicht warten. Linz ist daher regelrecht verpflichtet die Situation radikal neu zu bewerten und die katastrophale, finanzielle Entwicklung dieses Autobahn-Projekts zu nutzen, um die mobilitätspolitischen Leitlinien neu zu denken. Jetzt ist der Moment, dieses Projekt mit den neu gesteckten Zielen (u.a. der Klimahauptstadt, Stadtentwicklung „Post-City“, Lebensstadt) der letzten Jahre abzugleichen und Konsequenzen daraus zu ziehen.

Daher sind wir als Antragsteller:innen der festen Überzeugung, dass die Stadt die sinnvolle, vertraglich festgehaltene Ausstiegsklausel dringend nutzen und so den Westring nicht mehr weiter mitfinanzieren soll. Wir fordern Sie als Bürgermeister daher auf, den Ausstieg aus dem Vertrag vorzubereiten und zu diesem Zweck mit der ASFINAG in Verhandlung zu treten.

In diesem Zusammenhang stellen die Gemeinderatsfraktionen der KPÖ, GRÜNEN, von LinzPLUS und WANDEL folgenden Antrag. Der Gemeinderat der Stadt Linz möge beschließen:

Der Bürgermeister möge rasch und entschlossen die vereinbarte Ausstiegsklausel der Finanzierungsvereinbarung zwischen Stadt, Land und ASFINAG nutzen und dahingehend mit der ASFINAG in Gespräche treten. Das so gesparte Geld möge in den weiteren Ausbau des Linzer ÖVs investiert werden.

Bedeckungsvorschlag: Etwaige Kosten können durch Umschichtungen im Budget gedeckt werden.

Des Weiteren wird ersucht, diesen Antrag im Sinne der Antragserläuterungen die Dringlichkeit angesichts der neuen Informationen gem. §18 (5) StL zuzuerkennen und diesen auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Gemeinderates am 29. Juni 2023 zu setzen.

Berichterstatte:in: GR Lorenz Potocnik
Linz am 16.06.2023